

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian Ritter

Abg. Manfred Ländner

Abg. Katharina Schulze

Abg. Wolfgang Hauber

Abg. Richard Graupner

Abg. Martin Hagen

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Cemal Bozoğlu

Abg. Kerstin Radler

Abg. Christian Flisek

Abg. Otto Lederer

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Entschlossen handeln gegen Antisemitismus - Strafverfolgung, Prävention und politische Bildung stärken!"

Für die heutige Sitzung ist die SPD-Fraktion vorschlagsberechtigt. Sie hat die Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine bzw. einer ihrer Rednerinnen bzw. Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können jeweils zwei Minuten reden.

Der erste Redner auf der Rednerliste ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nichts ist so mörderisch wie entfesselter Hass und entfesselte Verachtung. Nichts fördert Hass und Verachtung so sehr wie die bewusste Spaltung in jene, die angeblich dazugehören, und jene, die angeblich nicht dazugehören, in jene, die angeblich mehr wert sind, und jene, die angeblich weniger wert sind.

Der Wahn von einer reinen nationalen Identität, einer reinen Religion, einer reinen Kultur, die Verachtung für die Menschenrechte und die Werte unserer Verfassung sind die Propagandamaschinen von Hass und Verachtung.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Terror ist nur das Ende einer Entwicklung des Hasses und der Verachtung. Sie beginnt mit Vorurteilen, führt über Fantasien von geheimen Ver-

schwörungen, die Relativierung der Nazibarbarei und der Schoah sowie bewusst kalkulierte Tabubrüche in der öffentlichen Debatte bis hin zur Gewaltbereitschaft.

Diese Tabubrüche und Propaganda erleben wir zunehmend auch in Parlamenten und von Mitgliedern von Parlamenten, auch in diesem Haus. Ich erinnere Sie nur an die Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus im Januar dieses Jahres. Ich erinnere an die Verharmlosung der Nazibarbarei als "Fliegenschiss der Geschichte". Ich erinnere an die Forderung nach einer 180-Grad-Wende bei der Erinnerungskultur. Ich erinnere auch daran, dass in den letzten Tagen die öffentliche Solidarität mit Jüdinnen und Juden als "Herumlungern vor Synagogen" diffamiert worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, antisemitische Straftaten müssen mit allen dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt werden. Dazu wird mein Kollege Christian Flisek nachher noch einiges sagen.

Doch Antisemitismus, Hass und Verachtung, die Vergiftung der öffentlichen Debatte zeigen sich nicht nur in Straftaten. Das belegen auch die soeben genannten Beispiele. Hier müssen Demokratinnen und Demokraten klare Haltung zeigen.

Wir müssen aber auch innerhalb unserer Gesellschaft die Prävention stärken. Der Beschluss des Kabinetts von heute enthält mit Sicherheit in vielen Punkten diskussionswürdige Maßnahmen im Bereich der Sicherheit, beispielsweise die Bereitstellung von drei Millionen Euro für den Ausbau der Sicherheitsstandards in den jüdischen Einrichtungen. Trotzdem hakt es in diesem Beschluss genau bei der Frage der Prävention, weil letzten Endes nur noch auf die Arbeit der BIGE verwiesen wird.

Kolleginnen und Kollegen, Radikalisierung verläuft heute anders als früher. Radikalisierung gibt es im Netz und in entfesselten Diskursen, mit denen jeder konfrontiert werden kann, nicht so wie früher, als man erst in kleine, radikale Zirkel vorstoßen musste, um überhaupt an diesem Diskurs teilnehmen zu können. Das passiert nicht mehr am Rande der Gesellschaft; das passiert mitten unter uns.

Mit Verweis auf die Einzeltäterdebatte der letzten Tage sage ich: Es mag aus der Sicht eines vor Ort ermittelnden Beamten richtig sein, dass ein Täter, der allein handelt, als Einzeltäter bezeichnet wird. Politisch müssen wir das aber schon anders bewerten; denn wer sich im Netz so lange Hass und Gewalt reinzieht und so lange mit Hass und Gewalt zugestopft wird, bis er loszieht und tötet, der, Kolleginnen und Kollegen, ist kein Einzeltäter mehr.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Kerstin Radler
(FREIE WÄHLER))

Dem müssen wir in der öffentlichen Debatte etwas entgegensetzen. Das schafft die Strafverfolgung alleine nicht. Das schafft auch die BIGE alleine nicht. Wir brauchen endlich, wie wir es schon oftmals hier im Haus debattiert haben, ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt. Wir brauchen ein Landesprogramm, das die Bekämpfung des Antisemitismus als einen Arbeitsschwerpunkt hat. Wir müssen Menschen befähigen, Hasspropaganda zu erkennen und ihr etwas entgegenzusetzen, an den Schulen – immerhin sind 20 % der Straftäter unter 21 Jahre alt –, aber auch in völlig anderen Bereichen. Auch dort müssen wir versuchen, Menschen zu erreichen, die wir mit klassischer politischer Bildung bisher nicht erreicht haben. Wir müssen die bisherigen Landesprogramme kritisch überprüfen, weil nämlich die Vermittlung von Medienkompetenz hier noch viel zu kurz kommt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Ritter, Sie müssen zum Ende kommen.

Florian Ritter (SPD): Wir brauchen eine ergebnisoffene Debatte über diese Landesprogramme. Das sind wir den Jüdinnen und Juden in unserer Gesellschaft, das sind wir unserer Demokratie und auch unserer Geschichte schuldig.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Kerstin Radler
(FREIE WÄHLER))

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne den ehemaligen Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, jetzt in seiner Funktion als Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Manfred Ländner für die CSU-Fraktion das Wort. Er spricht zehn Minuten.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir, die demokratischen Parteien in diesem Hohen Haus sind sich, denke ich, uneingeschränkt darin einig, die schreckliche Tat vom 9. Oktober in Halle auf das Schärfste zu verurteilen. Daher gestatten Sie mir auch im Namen meiner Fraktion zunächst eine Feststellung: Jüdisches Leben ist in Bayern willkommen, ja gewünscht. Jüdisches Leben gehört zu Bayern. Es ist ein Teil unserer Geschichte, ein Teil unserer Gegenwart und wird auch ein Teil unserer Zukunft sein.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Jegliche Form von Antisemitismus hat daher keinen Platz in unserem Land.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich meine hier explizit jegliche Erscheinungsform von Antisemitismus, ob religiös oder politisch motiviert.

Antisemitismus ist Extremismus. Bayern bekämpft entschieden jede Form von Extremismus. Besondere Aufmerksamkeit – ich möchte hier zu dem Thema Prävention und Repression sprechen – liegt hier eben auf Prävention und Repression.

Ich danke hier der Polizei und dem Verfassungsschutz, die hervorragende Arbeit leisten. Konsequenter und entschiedener Vorgehen ist es zu verdanken, dass die Zahl der Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus von 2016 bis 2018 von 2.379 auf 1.834 gesunken ist – immer noch zu viele, aber Gott sei Dank ein Abwärtstrend.

Volatil zeigen sich die Zahlen im Bereich antisemitischer Straftaten: 2014: 166, 2015: 132, 2016: 181, 2017: 148. Im Jahr 2018 waren es 219 – ich hoffe, nicht dem Landtagswahlkampf und dem Einzug einer gewissen Partei in den Landtag geschuldet. Bis Ende September 2019 wurden in Bayern 136 antisemitische Straftaten gezählt.

Es sind in der Fülle Sachbeschädigungen und die Verbreitung von Schmierereien, wobei Sie mir bitte die Feststellung gestatten, dass ich das nicht verharmlosen will; denn Schmierereien und Sachbeschädigungen sind oftmals der Nährboden für Gewalt. Ich bin aber sehr froh, dass direkte Gewalt gegen Personen nicht registriert und verfolgt werden musste.

Wir als Regierungskoalition und unsere Sicherheitsbehörden werden alles dafür tun, dass dies so bleibt: dass Menschen jüdischen Glaubens hier sicher leben können, dass Antisemitismus zurückgedrängt und weiter schärfstens verfolgt wird. Ein wichtiger Teil der Prävention ist der Schutz jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie der Schutz jüdischer Einrichtungen.

Schutzmaßnahmen ergreift die bayerische Polizei grundsätzlich auf der Basis einer sogenannten Gefährdungsbeurteilung. Neben eigenen Erkenntnissen fließen in diese Gefährdungsbeurteilung auch die Erkenntnisse anderer Behörden ein, zum Beispiel des Bundeskriminalamtes und der Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes.

Es wäre sicherlich hilfreich, wenn die Arbeit, besonders des Verfassungsschutzes, nicht von manchen aus politischen Gründen immer wieder schlechtgeredet würde. Es wäre ebenfalls hilfreich, wenn zum Beispiel bei der Speicherung von Verbindungsda-

ten nicht die Dämonisierung in diesem Land um sich greifen würde, sondern wenn man sich einmal damit beschäftigen würde, um zu sehen, was die Speicherung von Verbindungsdaten bedeutet. Vielleicht sollten wir auch manche gesetzlichen Einschränkungen noch einmal diskutieren und prüfen, ob im Interesse der Sicherheit der Menschen einige gesetzliche Änderungen durchgeführt werden sollten. Das ist jedoch heute nicht mein Thema.

An jüdischen Einrichtungen, beispielsweise der Israelitischen Kultusgemeinden, den Synagogen, den Schulen, den Kindergärten, den Kulturzentren, den Museen, den Seniorenheimen sowie am israelischen Handels- und Verkehrsbüro, aber auch an jüdischen Friedhöfen werden polizeiliche Schutzmaßnahmen durchgeführt, die von der Bestreifung der Objekte zu unregelmäßigen Zeiten bis hin zum Standposten durch Polizeibeamte reichen.

Die Schutzmaßnahmen und deren Intensität richten sich nach den örtlichen Gegebenheiten und der Symbolträchtigkeit einzelner Gedenktage. Wir hatten bei dem Anschlag in Halle den höchsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, den Versöhnungstag. Sie richten sich nach der jeweiligen Gefährdung und dem tatsächlichen Schutzerfordernis.

Um hierzu ein Lagebild zu erhalten, nimmt die bayerische Polizei regelmäßig Kontakt mit den Verantwortlichen der jüdischen Einrichtungen und den jüdischen Gemeinden vor Ort auf und führt kriminalpolizeiliche Beratungen und Sicherheitsgespräche durch. Die Polizei berät zu technischer Prävention, zu Sicherungsmaßnahmen und vielem mehr.

Ich habe nur einige Schwerpunkte polizeilicher Präventionsarbeit schildern können, darf jedoch hinzufügen, dass die Polizei die Art und den Umfang der Präventionsmaßnahmen regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht anpasst.

Seit dem Jahr 2001 erarbeitet die Polizei Konzepte, um gefährdungsrelevante Objekte sukzessiv mit Videoüberwachung und Beleuchtung auszustatten. Im Jahr 2015 wurden hierfür aus dem Staatshaushalt nochmals Sondermittel in Höhe von zehn Millio-

nen Euro für Baumaßnahmen sowie in Höhe von drei Millionen Euro für technische Sicherungsmaßnahmen für den Schutz der jüdischen Einrichtungen bzw. zur weiteren Optimierung dieses Schutzes beschlossen.

Auch heute hat das bayerische Kabinett zum Thema Schutz jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und Schutz jüdischer Einrichtungen getagt. Herr Staatsminister Herrmann wird in seinem Redebeitrag sicherlich noch auf die heutige Kabinettsitzung eingehen. Gestatten Sie mir die Bemerkung, dass der Schutz der jüdischen Einrichtungen, die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger seit Jahrzehnten in Bayern große Bedeutung hat. Auch wenn derzeit keine konkreten Erkenntnisse vorliegen, dass es in Bayern Gewalt- oder Amoktaten wie in Halle geben könnte, auch und gerade deshalb kann eine derartige schreckliche Tat nicht ausgeschlossen werden.

Daher ist es notwendig – die entsprechenden dienstlichen Anweisungen liegen vor –, die Gefährdungslage permanent zu prüfen, technische Schutzeinrichtungen weiter zu optimieren und Straftaten konsequent zu verfolgen. Wir sind dazu bereit. Die Polizei und der Verfassungsschutz sind hierfür ausgebildet und bestens motiviert. Wie eingangs schon erwähnt: Jüdisches Leben gehört zu Bayern – gestern, heute und auch morgen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Katharina Schulze. Sie hat ebenfalls zehn Minuten Redezeit.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war auf dem Christoph-Probst-Gymnasium in Gilching, ich bin Antifaschistin, seit ich denken kann. Ich habe in der Schule gelernt, dass wir eine historische Verantwortung dem jüdischen Volk gegenüber haben. Ich habe dort auch gelernt, dass unsere Demokratie brüchig ist und dass wir sie jeden Tag neu verteidigen müssen.

Deswegen schmerzt es mich so, wenn ich daran denke, dass in Halle Jüdinnen und Juden in einer Synagoge um ihr Leben bangten und am Ende nur – zum Glück! – eine Holztür die Schüsse des Attentäters abhielt. Es schmerzt mich, wenn Schweineköpfe vor Synagogen gelegt werden, wenn Jüdinnen und Juden bespuckt oder bedroht werden. Es schmerzt mich, wenn ich daran denke, dass in unserem Land ein Mann erschossen wurde, weil er sich in Halle in einer Imbissbude aufgehalten hat, und eine Frau erschossen wurde, weil sie zufällig vor Ort war.

Ich möchte, dass Jüdinnen und Juden, dass Menschen, egal woher sie kommen, egal welche Religion, welches Geschlecht und welche sexuelle Orientierung sie haben, sicher und angstfrei in unserem Land leben können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Da das nicht immer der Fall ist, haben wir ein Problem in Deutschland. Dieses Problem heißt Rechtsextremismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist kein neues Problem. Auf die tödliche Gefahr von rechtem Terror, die Zunahme von Antisemitismus und die immer schnellere Radikalisierung, auch im Internet, größtenteils von Männern weisen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Antifaschistinnen und Antifaschisten und Journalistinnen und Journalisten ebenso wie einige Politikerinnen und Politiker seit Jahren hin, ebenso auf die internationale Vernetzung der Szene, die neuen rechten Vordenker als Brandstifter, die fragwürdigen Finanzierer dieser Kampagnen und die toxische Vermischung von Antifeminismus, Antisemitismus und rechtsextremistischem Gedankengut.

Wenn jetzt der eine oder andere meint, dass das Probleme sind, die irgendwo anders bestehen, muss ich sagen: So ist es nicht. In Bayern sind beim Oktoberfestattentat

zwölf Menschen gestorben. In Bayern hat der NSU fünf Menschen ermordet. In Bayern starben 2016 am Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen durch die Kugeln eines Rassisten, und in Bayern hat ein Reichsbürger einen Polizisten erschossen – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Auch in Bayern hat die Zahl der antisemitischen Straftaten einen neuen Höchststand erreicht. 87 % davon wurden übrigens aus dem rechtsextremen Spektrum verübt. Auch in Bayern sind noch 81 Haftbefehle gegen rechte Straftäter offen, und auch in Bayern vernetzt sich die rechtsextreme Szene und wird immer gewalttätiger. Auch in Bayern sitzt mit der AfD eine rechtsextreme Partei im Parlament.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD: Das ist unerhört!)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, möchten Sie das Wort "rechtsextrem" korrigieren?

Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, die AfD ist eine rechtsextreme Partei, die bei der Rede einer Holocaust-Überlebenden den Saal verlässt und im Anschluss eine rechtsextreme Online-Hetzkampagne provoziert.

Präsidentin Ilse Aigner: Dann muss ich Sie leider noch einmal unterbrechen. Wir haben uns im Präsidium mehrfach über diese Frage unterhalten: "rechtsradikal" ist in Ordnung, "rechtsextrem" ist nicht in Ordnung.

(Lachen bei der AfD)

Katharina Schulze (GRÜNE): Sie ist eine rechtsextreme und rechtsradikale Partei – das ist meine Bewertung der Sachlage. Ich finde, all das muss aufhören. Dagegen gilt es konsequent vorzugehen, und zwar in allen Bereichen unserer Gesellschaft.

Es braucht dringend ein umfangreiches Handlungskonzept gegen Antisemitismus, gegen Rechtsextremismus und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören Repression, aber auch Prävention: Fahndungs- und Ermittlungsdruck erhö-

hen, die Plattformbetreiber stärker in die Pflicht nehmen, sich international auch auf polizeilicher Ebene besser vernetzen, denn der Rechtsterrorismus macht nicht an einer Landesgrenze Halt, politische Bildung intensivieren im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung, lebenslanges Lernen, bei der Polizei, bei der Justiz, Programme gegen Antisemitismus, Rassismus und auch Antifeminismus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf diese Dinge wird in meinen Augen noch viel zu wenig geschaut. Diese Programme müssen zuhauf aufgelegt werden. Wir brauchen auch mehr Investitionen in Erinnerungskultur und in Gedenkstättenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen auch endlich ein eigenes bayerisches Landesprogramm zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Träger, genauso wie unabhängige, landesweite, professionelle Beratungsstellen im Bereich der Opferberatung und Antidiskriminierung. Außerdem brauchen wir endlich eine zentrale Koordinierungsstelle für unsere Demokratie, die das Verwaltungshandeln für Demokratie über alle Ebenen und Ressortgrenzen hinweg koordiniert.

Sie sehen also: Die Lösungen liegen eigentlich auf dem Tisch, aber sie werden von der Regierung meist nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Im ersten Entwurf des Haushaltsplans waren für das Bundesprogramm "Demokratie leben" acht Millionen Euro weniger als im Jahr zuvor eingeplant. Hier in Bayern werden regelmäßig Anträge, unter anderem Anträge von uns GRÜNEN, abgelehnt, beispielsweise zuletzt unser Antrag zum Verbot des rechten Terrornetzwerks "Combat 18" und zur Entwaffnung der rechtsextremen Szene. Die Bayerische Staatsregierung schafft es nicht einmal, das O EZ-Attentat endlich als rechtsextreme Tat einzuordnen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Manfred Ländner (CSU): Was hat das damit zu tun?)

Kolleginnen und Kollegen, ich arbeite in diesem Bereich seit Jahren, und ich bin manchmal so müde.

(Zuruf von der AfD: Dann legen Sie sich doch hin!)

Ich bin nicht nur müde, sondern manchmal richtig wütend, auch stellvertretend für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, für alle Menschen, die sich seit Jahrzehnten in unserem Land für Demokratie einsetzen, in ihrer Freizeit, mit ihren eigenen Ressourcen, manchmal sogar unter Gefahr für ihr eigenes Leben. Es ärgert mich, dass immer in diesen politischen Reflexen verharrt wird, dieses ewige Relativieren und Verharmlosen, dieses endlose "Ja, aber was ist mit dem Linksextremismus und dem islamistischen Terrorismus?". Ja, das ist auch alles unmöglich und schlimm, aber warum kann denn nicht einmal klar benannt werden, dass Rechtsextremismus ein Problem ist, gegen das wir konsequent vorgehen müssen?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Ich habe die Taten der Rechtsextremisten deutlich aufgezählt; sie sprechen eine deutliche Sprache. Wissen Sie, was an diesen politischen Reflexen noch so gefährlich ist? – Sie sind ein Sicherheitsrisiko für unser Land, weil diese Reflexe dazu führen, dass nötige Maßnahmen erst später oder gar nicht umgesetzt werden.

Ich finde, so kann es nicht weitergehen. Wir können uns nicht nach jedem schrecklichen Attentat, nach jedem schrecklichen Anschlag wieder hier versammeln und sagen: Nein, das geht so nicht weiter. – Ich finde, wir brauchen einen antifaschistischen Grundkonsens, auch hier in diesem Haus. Deswegen gehe ich im Namen meiner Fraktion auf die demokratischen Fraktionen in diesem Haus zu und schlage vor, gemeinsam ein Handlungskonzept gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu entwickeln. Dies wäre ein Signal dafür, dass alle Menschen in Sicherheit und angstfrei leben können, ohne diese typischen Reflexe, sondern mit der klaren Haltung für unsere Demokratie, die wir gemeinsam verteidigen müssen und hoffentlich auch gemeinsam verteidigen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Den richtigen und wichtigen Ausspruch "Nie wieder!" hört man an Gedenktagen und in Solidaritätsbekundungen nach so schrecklichen Anschlägen wie in Halle regelmäßig. Das ist richtig und das ist gut. Ich finde aber, dass "Nie wieder!" der Handlungsauftrag für uns alle sein muss, und zwar an 365 Tagen im Jahr; denn daran, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier gemessen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Schulze, ich werde nicht noch einmal wiederholen, was ich gesagt habe, aber ich behalte mir vor, dass wir das im Präsidium noch einmal diskutieren und es gegebenenfalls beim nächsten Mal noch einmal thematisieren werden.

Als nächster Redner hat Herr Kollege Wolfgang Hauber von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Wolfgang Hauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Am 9. Oktober ereignete sich ein menschenverachtender Anschlag auf die jüdische Synagoge in Halle an der Saale. Unser Mitgefühl gehört den Opfern dieser schrecklichen Gewalttat und deren Familien. Tief betroffen mussten wir die Nachricht entgegennehmen, dass der mutmaßliche Täter, ein 27-jährigen Deutscher mit antisemitischer, rechtsradikaler Gesinnung, versucht hatte, gewaltsam in die Synagoge einzudringen, um Männer und Frauen jüdischen Glaubens zu töten. Trotz des Einsatzes von Sprengstoff scheiterte er an der massiven Tür der Synagoge. Er suchte sich außerhalb der Synagoge völlig wahllos zwei andere Opfer, welche er tötete.

Welche Schlussfolgerungen müssen wir in Bayern aus dieser Tat ziehen? – Die Sicherheit und der Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen garantiert sein, damit diese ohne Angst und ohne das Gefühl der Bedrohung in Bayern leben können.

Was wurde bisher unternommen, um dies zu erreichen? – Schon vor Jahren wurden Sicherheitskonzepte für jüdische Einrichtungen erarbeitet. Je nach Lagebewertung erfolgen Schutzmaßnahmen an den Objekten. Die bayerische Polizei steht in regelmäßigem Kontakt mit den Betreibern jüdischer Einrichtungen und mit den jüdischen Gemeinden und spricht Präventionsmaßnahmen mit diesen ab. Die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen unterstützen auch bei technischen Sicherungsmaßnahmen. Bei erkannten Gefährdern werden Gefährderansprachen durchgeführt, aber auch verstärkte Aufklärungsmaßnahmen und die Durchführung lageangepasster offener und verdeckter Fahndungskonzepte sind möglich.

Dass nach dem Terrorangriff von Halle viele Menschen in ganz Bayern spontan an Solidaritätsbekundungen teilnahmen und damit ein Zeichen gegen Antisemitismus gesetzt haben, zeigt die Verbundenheit der bayerischen Bevölkerung mit unseren jüdischen Brüdern und Schwestern. Dafür meinen herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Kürzlich veröffentlichte Umfragen besagen, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Antisemitismus als ein wachsendes Problem ansieht und dass für einen Großteil der hier lebenden Juden Antisemitismus sogar das größte soziale oder politische Problem darstellt. Es besteht also weiterer Handlungsbedarf.

Antisemitische Straftaten haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Jahr 2018 wurden deutschlandweit 1.799 antisemitische Straftaten registriert. Gegenüber 2013 bedeutet dies eine Zunahme von über 40 %. Die Dunkelziffer ist hierbei noch nicht berücksichtigt. Somit dürfte die tatsächliche Zahl um ein Vielfaches höher ausfallen. Es wird von einem Verhältnis von Hellfeld zu Dunkelfeld von 1 : 3 ausgegangen.

Antisemitische Taten richten sich nicht gezielt gegen einzelne Personen. Sie sind Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens insgesamt. Nicht das Verhalten eines Menschen ist ausschlaggebend dafür, dass er Opfer wird. Nein, sein Glaube ist das Kriteri-

um dafür, dass er als Opfer ausgewählt wird. Das ist perfide. Eine ganze Bevölkerungsgruppe soll durch eine solche Tat eingeschüchtert und verunsichert werden.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht hat Bayern für die konsequente Verfolgung antisemitischer Straftaten gelobt. Eine Einstellung der Strafverfahren wegen geringfügigkeit oder geringer Schuld ist in Bayern ausgeschlossen bzw. auf wenige Ausnahmefälle beschränkt.

Bayern ist auf dem richtigen Weg. Dennoch sollte der Strafgesetzgeber bei den allgemeinen Regelungen zur Strafbemessung nicht auf eine klarstellende wie auch wertsetzende Regelung zur strafschärfenden Bedeutung antisemitischer Tatmotivation verzichten. Eine solche für das Gemeinwesen grundlegende Wertung der hiesigen Rechtsordnung sollte in besonderer Weise gesetzlich dokumentiert und bekräftigt werden. Wir sollten – nein, wir müssen alles dafür tun, dass sich unsere jüdischen Mitbürger ohne Angst und ohne das Gefühl der Bedrohung in Bayern aufhalten können. Wir sollten ihnen Sicherheit und Schutz gewähren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst abweichend von meinem Konzept eine Feststellung treffen. Wenn hier im Bayerischen Landtag andere Parteien ungestraft als rechtsextrem bezeichnet werden können, stelle ich fest, dass es Fraktionsvorsitzende gibt, die man mit Fug und Recht als Hetzer und Spalter der Gesellschaft bezeichnen kann.

(Beifall bei der AfD)

"Entschlossen handeln gegen Antisemitismus", so betitelt die SPD die heutige Aktuelle Stunde. Wer hier im Hohen Hause will Ihnen da widersprechen? – Allerdings müssen Sie sich ernsthaft fragen lassen, ob Ihre Forderungen glaubwürdig sind. Ausgerechnet eine Partei, deren Politprominenz, wie beispielsweise ein Herr Steinmeier, schon einmal öffentlichkeitswirksam zum Besuch von Konzerten linksradikaler Musikgruppen aufruft, fordert wohlfeil Gewaltprävention? Ausgerechnet eine Partei, unter deren Regierungsverantwortung sich unsere Hauptstadt zum Angstraum für Juden und in ein Freilaufgehege für Drogendealer entwickelt, will andere über Strafverfolgung belehren?

(Florian von Brunn (SPD): Hetzer! – Zurufe von der AfD)

Ist es nicht das SPD-regierte Berlin, wo alljährlich von der Terrororganisation Hisbollah Demonstrationen wie der sogenannte Al-Quds-Tag organisiert werden, bei denen auch schon einmal "Juden ins Gas" skandiert wird? – Ausgerechnet Sie wollen Ratschläge geben, wie wir entschlossen gegen Antisemitismus handeln können? Ginge es Ihnen um gute Bildung, würden Sie nicht um des billigen politischen Profits willen reflexhaft die AfD gedanklich in die Nähe der kruden Rechtfertigungsideologie des Irren von Halle bringen. Im Gegenteil, Sie würden anerkennen, dass wir, sei es unsere Parteispitze, sei es die Fraktion im Bayerischen Landtag, sei es auch Björn Höcke, diese Tat selbstverständlich aufs Schärfste verurteilt haben. Wir haben die ganze Sache umgehend und unmissverständlich verurteilt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist auch nur folgerichtig. Wir sind die einzige Partei, die den Anstieg von Antisemitismus nicht nur beklagt, sondern auch dessen wahre Ursachen aufzeigt. Wie konnten denn Antisemitismus, Extremismus, Kriminalität und Terrorismus in den letzten Jahren derart gedeihen?

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Weil Sie Öl ins Feuer gießen!)

Es war doch die Politik der Altparteien, die durch die Forcierung der ungebremsten illegalen Einwanderung einerseits sowie eine falsche Toleranz gegenüber dem religiösen Hass vornehmlich islamischer Zuwanderung andererseits erst die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Milieus fühlen sich ermutigt durch eine Strafverfolgung, die ihres Namens kaum noch würdig ist.

(Beifall bei der AfD)

Der Syrer, welcher nur wenige Tage vor dem Attentat in Halle mit einem Messer in der Hand und "Allahu Akbar"-rufend versuchte, in eine Berliner Synagoge einzudringen, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, weil ihm außer Hausfriedensbruch nichts vorzuwerfen sei. Der ebenfalls "Allahu Akbar"-rufende Lkw-Attentäter von Limburg – ebenfalls ein Syrer – war den Sicherheitsbehörden als gefährlich bekannt. Er hatte kein Bleiberecht. Er wurde trotzdem nicht abgeschoben. Angesichts solcher katastrophalen Fehlleistungen wollen Sie uns wirklich über erfolgreiche Sicherheitspolitik belehren?

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

An dieser Stelle muss ich auch einmal ein Wort an die Vertreter der Staatsregierung richten. Haben Frau Merkel oder Herr Seehofer, deren Politik maßgeblich für die heutigen Zustände verantwortlich ist, Ihrer Meinung nach am Berliner Breitscheidplatz geistig mitmassakriert? Haben Sie auf der Kölner Domplatte mitvergewaltigt?

(Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE) – Gegenruf des Abgeordneten Roland Magerl (AfD))

Haben Sie in Chemnitz und unzähligen anderen Orten mitgestochen? Oder haben Sie auf dem Frankfurter Hauptbahnhof mitgeschubst? – Wenn Sie diese Fragen verneinen, rufe ich Ihnen mit den Worten der Säulenheiligen einer Schulverweigerersekte

zu: How dare you? – Wie können Sie es wagen, der AfD Heuchelei oder gar geistige Mittäterschaft an den Verbrechen eines sozial weitgehend isolierten Einzeltäters vorzuwerfen, Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister?

(Beifall bei der AfD – Florian Ritter (SPD): Das beweisen Sie doch gerade!)

Wir Abgeordnete haben uns diesbezüglich schon ein dickes Fell zugelegt. Aber mit diesen Instrumentalisierungsversuchen diffamieren Sie nicht nur Tausende rechtschaffene Parteimitglieder, sondern auch Millionen unserer Wähler. Das schlägt dem Fass wirklich den Boden aus.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Wir reden nicht von den Wählern, sondern von Ihnen!)

Im Namen all dieser Menschen verwahren wir uns aufs Schärfste gegen Ihre Unterstellungen.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Motto der Aktuellen Stunde zurück. Im Gegensatz zu den Vertretern der Altparteien fordern wir, die AfD, eine konsequente Strafverfolgung unabhängig von der politischen und ideologischen Ausrichtung oder dem kulturellen Hintergrund der Täter.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Richard Graupner (AfD): Wir fordern eine Gewalt- und Kriminalitätsprävention, welche bereits mit der Abweisung potenzieller Täter an der deutschen Grenze beginnt, sowie eine politische Bildung, welche die Ursachen und Verursacher des heutigen Antisemitismus klar benennt und nicht einseitig dämonisiert.

(Anhaltender Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte noch einmal alle Seiten, sich in Wort und Ton zu mäßigen – auch Sie persönlich, Herr von Brunn.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Nein, Herr von Brunn, alle Seiten haben einen Auftrag. Ich werde Ihren Zwischenruf auch noch überprüfen. Wir werden die gesamte Debatte noch einmal analysieren und im Präsidium genauer unter die Lupe nehmen. Ich bitte wirklich alle Seiten – wir haben auch ein Bild nach außen zu vertreten –, sich in Wort und Ton zu mäßigen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Der nächste Redner ist der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass der heutigen Aktuellen Stunde ist der Anschlag vergangene Woche in Halle. Er hat zwei Menschen das Leben gekostet: Jana L. und Kevin S. Sie waren willkürliche Opfer und zur falschen Zeit am falschen Ort. Dass die beiden nicht das eigentliche Ziel des Anschlags waren, macht ihren Tod nicht weniger tragisch und den Schmerz ihrer Hinterbliebenen nicht erträglicher. Gegolten hat der Anschlag von Halle der jüdischen Gemeinde. Nur eine verriegelte Tür stand letztlich zwischen dem schwerbewaffneten Rechtsextremisten Stephan B. und den 51 Männern, Frauen und Kindern, die sich zu Jom Kippur in der Synagoge von Halle versammelt hatten, um zu beten. Der Attentäter wollte ein Massaker anrichten. Er war besessen von der Wahnvorstellung einer jüdischen Weltverschwörung. Der Anschlag von Halle war, anders als es die CDU-Chefin gesagt hat, kein Alarmsignal. Wir hätten nämlich schon alle längst alarmiert sein müssen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Erfurt, Düsseldorf, Essen, Berlin, Worms, Mainz, Wuppertal – in all diesen Städten gab es in den vergangenen zwanzig Jahren Brandanschläge auf Synagogen. Hier bei uns

in München planten im Jahr 2003 Neonazis ein Bombenattentat auf die Grundsteinlegung der Ohel-Jakob-Synagoge. Rund 12.000 antisemitische Straftaten wurden seit dem Jahr 2010 in Deutschland registriert, von Hakenkreuzschmierereien bis hin zum versuchten Totschlag. Wo können wir also ansetzen? – Konsequenteres Vorgehen gegen Hasskommentare im Internet, verstärkte Beobachtung einschlägiger Internetforen, Straffung der deutschen Sicherheitsarchitekturen, ein besserer Austausch zwischen den Behörden, mehr Polizeipräsenz auf der Straße, insbesondere Schutz von Synagogen und jüdischen Einrichtungen, keine Kürzung bei Präventions- und Aussteigerprogrammen sowie eine bessere Vermittlung von politischer Bildung, von Medienkompetenz und religiöser Toleranz an unseren Schulen. Diese Liste ist natürlich unvollständig. Ich denke, die demokratischen Kräfte hier sind sich darüber weitgehend einig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Hass gegen die Juden kennt viele Formen. Im Mittelalter zeigte er sich als religiös motivierter Antijudaismus, in der Neuzeit dann in der Form kruder rassistischer Rassentheorien. Im Gewand des Antikapitalismus richtet er sich gegen ein angebliches Finanzjudentum. Die zeitgemäße Chiffre dafür lautet: "Ostküste". Mit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 kam dann eine neue Form der Judenfeindschaft auf, der Antizionismus, der sich gegen die Existenz des jüdischen Staates richtet. Natürlich ist Kritik an Israel nicht automatisch Antisemitismus. Aber die Besessenheit, mit der mancher sich ausgerechnet an der einzigen liberalen Demokratie im Nahen Osten abarbeitet, lässt mitunter doch tief blicken. Das betrifft leider auch die Vereinten Nationen. Die UN-Vollversammlung hat im vergangenen Jahr 26 Resolutionen verabschiedet, in denen ein Mitgliedstaat verurteilt wurde. 21 davon richteten sich allein gegen Israel – nicht gegen Syrien, nicht gegen Nordkorea, nicht gegen Saudi-Arabien, sondern gegen Israel, als sei das der verbrecherischste Staat der Welt. Deutschland hat 16 dieser 21 Resolutionen zugestimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich empfinde das als Schande.

(Beifall bei der FDP)

Wenn es uns mit der Aussage ernst ist, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson, darf sich unsere Außenpolitik nicht an der Dämonisierung und Delegitimierung des jüdischen Staates beteiligen.

Meine Damen und Herren, Antisemitismus war in der deutschen Gesellschaft immer präsent. Verschließen wir deshalb aber nicht den Blick vor dem neuen Antisemitismus, den leider viele Einwanderer aus muslimischen Ländern mitbringen. Auch hier darf es keine Verharmlosung geben, keinen kulturellen Rabatt. Wenn Juden in bestimmten Vierteln aus Angst vor Übergriffen ihre Kippa absetzen, wenn Israelis auf der Straße bespuckt werden, sobald sie hebräisch sprechen, wenn am Al-Quds-Tag in Berlin Demonstranten antisemitische Parolen skandieren, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss der deutsche Rechtsstaat seine Zähne zeigen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Gerichtet an die AfD: Sie sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sie haben Holocaustleugner in Parlamente gebracht.

(Zuruf von der AfD: Wo denn?)

– In Baden-Württemberg und garantiert auch anderswo.

(Zuruf: Ach was!)

Ihr Thüringer Spitzenkandidat fordert eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, Ihr Bundestagsfraktionschef bagatellisiert die NS-Verbrechen als "Vogelschiss der Geschichte". Sie sind mitverantwortlich für die Verrohung in diesem Land, für den Hass und die Hetze, die die Stimmung in unserem Land vergiften und die letztlich auch Täter, wie den von Halle, zu ihren Taten animieren.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dem Antisemitismus und jeder anderen Form von Menschenfeindlichkeit noch entschlossener als bisher entgegenreten. Mit "wir" meine ich die Politik, den Staat. Mit "wir" meine ich aber auch uns alle als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Martin Hagen (FDP): – Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Hören wir nicht weg, wenn in unserem persönlichen oder beruflichen Umfeld über Juden oder andere Minderheiten abfällig geredet wird! Widersprechen wir laut und deutlich! Jüdinnen und Juden müssen sich in diesem Land sicher fühlen können; sie müssen sich zu Hause fühlen können. Können sie das nicht, haben wir versagt.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile der Kollegin Petra Guttenberger als nächster Rednerin für die CSU-Fraktion das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der antisemitische Anschlag in Halle bedrückt uns. Er lässt uns fassungslos zurück.

Ich selbst komme aus einer Stadt mit einer langen jüdischen Tradition, und ich sage Ihnen unumwunden: Ich war sehr betroffen, als mich im Januar der Vorsitzende der Gemeinde gebeten hatte, mich für Polizeischutz vor der Türe während der Gottesdienste einzusetzen. Meine Frage war: "Fühlen Sie sich hier nicht sicher?" Er antwortete, bei uns – sozusagen in Fürth – sei alles toll, aber durch die vielen Berichterstattungen im Netz und über Hetze auf den Straßen wäre in der Gemeinde eine große Verunsicherung und eine Verängstigung entstanden.

Ich sage Ihnen unumwunden: Mich hat das sehr berührt, und ich war sehr froh darüber, dass ich bei der Polizei und insbesondere bei unserem Minister offene Türen vorgefunden habe. All das war aber vor Halle, und ich frage mich: Wie fühlt man sich jetzt nach diesem Anschlag?

Für mich bedeutet das, dass wir wirklich allen Formen von Extremismus – sei es Extremismus von rechts oder von links oder sei es Antisemitismus – ganz klar entgegen treten müssen, dass es hier keine Toleranz geben darf und dass wir unsere Maßnahmen noch einmal intensivieren müssen. Das ist kein Reflex; für mich ist das eine verfassungsmäßige Notwendigkeit, weil unsere freiheitliche demokratische Grundordnung mit ihren Werten es allen ermöglicht – egal welchen Glauben jemand hat, egal woher jemand kommt und egal welches Geschlecht jemand hat –, hier frei, in Frieden und vor allem auch sicher zu leben.

Wir als CSU-Fraktion nehmen das Thema sehr ernst. Ich freue mich deshalb außerordentlich, dass heute Ludwig Spaenle, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, unter uns ist, der viele Maßnahmen und Projekte angestoßen hat, um Antisemitismus in der Gesellschaft zu bekämpfen.

Eines muss immer klar sein: Wer sich gegen die jüdische Bevölkerung bei uns stellt, der stellt sich gegen uns alle.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich begrüße es deshalb sehr, dass sich heute Morgen der Ministerrat mit einer Änderung des Strafgesetzbuches dahingehend beschäftigt hat, dass künftig bei den als besonders strafscharfend zu berücksichtigenden menschenverachtenden Tatmotivationen die antisemitischen Beweggründe aufgeführt werden. Ich halte es auch für den einzig richtigen Schritt, dass es bei uns bei antisemitischen Straftaten keine Toleranz gibt; das heißt, nachdrückliche Verfolgung, immer Bejahung des öffentlichen Interesses.

ses, kein Verweis auf den Privatklageweg und keine Opportunitätseinstellungen wegen geringer Schuld oder Ähnlichem.

Das ist eine konsequente rechtsstaatliche Politik, und diese ist in Bayern Standard. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Wir gehen auch davon aus, dass die Einrichtung der Antisemitismusbeauftragten an den drei Generalstaatsanwaltschaften, die sowohl Kontaktpersonen sind, um Teile der Justiz zu sensibilisieren, als auch Ansprechpartner für die Menschen jüdischen Glaubens bei uns im Land, die einzig richtige Entscheidung war; denn sie werden viel tun, um die Verängstigung, die ich nachvollziehen kann, weiter zu bekämpfen.

Für uns ist es ein unsäglicher Zustand, dass jemand nicht dafür bestraft werden kann, wenn er volksverhetzend im Ausland tätig ist und dann solche Inhalte hochlädt, so dass es im Inland im Internet sichtbar ist. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Bundesjustizministerin den Vorstoß Bayerns in der Justizministerkonferenz übernommen hat und ein erster Referentenentwurf vorliegt, der das unter Strafe stellt.

Uns ist es auch wichtig, in den JVAen spezielle Extremismusbeauftragte zu haben, um dort eine Radikalisierung zu verhindern und vor allem auch eingreifen zu können, wenn entsprechende Tendenzen sichtbar und spürbar werden. An zwei Justizvollzugsanstalten gibt es das bereits, und das wird ausgebaut.

Außerdem ist uns wichtig, dass es ein niederschwelliges Angebot zur Meldung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle gibt. Wir wollen, dass der Kampf gegen Hasskriminalität im Internet in Form beleidigender und volksverhetzender Posts weiter intensiviert wird und hierbei den Rundfunkanbietern und Zeitungsverlagen ein einfacher und schneller Weg zur Verfügung steht.

Wir bekennen uns klar zum jüdischen Leben in Bayern und werden alles unternehmen, damit sich Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland, in Bayern nie wieder unsicher fühlen müssen.

(Beifall bei der der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Bozoğlu das Wort.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Rechtsextremismus und Antisemitismus sind zwei Seiten derselben Medaille, deren Ableger auch im Landtag sitzen. Nur ein Beispiel: Den AfD-Ortsverband Babenhausen in Schwaben leiten zwei Brüder. Roman Zebe ist der Vorsitzende, sein Bruder Peter Zebe ist der stellvertretende Vorsitzende. Drei Facebook-Veröffentlichungen von Roman Zebe: Erstens. Ein Artikel zur Lage der Palästinenser, in dem er fragt: Wer stoppt diese Verbrecher endlich? – Gemeint ist der israelitische Staat.

Zweitens. Deutsche Waffenlieferungen an Israel mit dem U-Boot-Deal. Sein Kommentar dazu: Angela Merkel ist das letzte Minimum an Gewissen und Schamgefühl abhandengekommen.

Drittens. Eine Diskussionsrunde mit Norbert Blüm. Sein Kommentar dazu: Liebe Israel-Freunde, sieben Minuten anschauen, und ihr werdet einsehen, dass Israel ein Drecksstaat ist. Sogar dem Ober-Israeli Friedman hat es die Sprache verschlagen. – Wohlgemerkt: Roman Zebe ist der Ortsverbandsvorsitzende in Babenhausen. Sein Bruder, der stellvertretender Vorsitzender war, ist immer noch Mitarbeiter des Abgeordneten Christoph Maier.

Ist es glaubhaft, wenn eine Partei mit solchen Ortsvereinen das Attentat von Halle verurteilt? – Die scheinheiligen Bekundungen der AfD nach dem Attentat in Halle sind nicht glaubwürdig, sie stinken zum Himmel!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, Stephan B., der Attentäter von Halle, war nicht allein, als er mit dem Gedanken spielte: Wo soll ich Menschen töten, in der Synagoge oder in der

Moschee? – Auch war er nicht allein, als er seine Waffen beschaffte und zusammenbaute, um damit Jagd auf Menschen zu machen. Diese Szene spielte sich wenige Tage nach dem Eingang von Drohbriefen gegen Moscheen, Synagogen und weitere Institutionen ab.

Der Terror von Halle ist nicht die Tat von Einzelnen, genauso wie es die Attentate von Christchurch, Lüttich und der Mord an Walter Lübcke und die Taten des NSU nicht waren. Hier handelt es sich um vernetzte Strukturen und um strategisches Vorgehen.

Sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann, spielen Sie die Gefahr nicht herunter, wie Sie es bei der Diskussion um die sogenannte Feindesliste gemacht haben! Informieren Sie die Menschen! Sie haben das Recht, zu erfahren, wenn rechte Terroristen es auf sie abgesehen haben. Die Situation ist ernst!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die mehr als 80 Leute, die sich in der Synagoge in Halle versammelt hatten, um am höchsten Feiertag des jüdischen Glaubens, dem Versöhnungstag Jom Kippur, gemeinsam zu beten, hatten keinen Hass und keine Zwietracht im Sinn. Sie waren lediglich mutig genug, ihren Glauben auszuleben. Die Tragweite dieses Satzes ist unerträglich, und dennoch wiederhole ich ihn: Sie waren mutig genug, ihren jüdischen Glauben auszuleben. Mitten in Deutschland braucht es Mut zu sagen: Ich bin jüdisch. Mitten in Deutschland braucht es Mut, um in eine Synagoge zu gehen, um zu beten. Das ist unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten diesen Mut beinahe mit dem Leben bezahlen müssen. Diese Menschen wurden nicht etwa gerettet, weil unser Sicherheitsapparat funktioniert hat, sondern wegen der Standhaftigkeit einer Holztür. Sie hatten Glück, dass es dem Täter nicht gelungen ist, die Tür ihres Gotteshauses aufzusprengen. Jana und Kevin hatten dieses Glück nicht – leider.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Frau Kollegin Kerstin Radler das Wort.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Es erschüttert uns, und es erschüttert mich zutiefst, dass Antisemitismus nicht nur mit Worten in unserer Gesellschaft Einzug hält, sondern auch durch Gewalttaten wie in Halle. Jeder von uns ist daher gefordert, dieser Entwicklung vehement und mit Mut und Zivilcourage entgegenzuwirken. Wir alle stehen als Bürgerinnen und Bürger der demokratischen Gesellschaft in der Verantwortung, rassistisch motivierten Äußerungen und Taten entschieden entgegenzutreten.

Dabei hat die Politik selbstverständlich eine besondere Verantwortung zu tragen. Dieses Thema begleitet uns seit Langem. Wir FREIEN WÄHLER haben bereits im Jahr 2017 in einem Dringlichkeitsantrag zum Plenum gefordert, sich vor dem Hintergrund der Zunahme antisemitisch, extremistisch sowie terroristisch motivierter Straftaten konsequent für die Stärkung einer praxisnahen Demokratie-, Persönlichkeits- und Wertebildung einzusetzen; denn Bildung ist aus unserer Sicht die beste Prävention. Wir müssen es schaffen, Kinder und Jugendliche für den dunkelsten Teil unserer Geschichte zu sensibilisieren. Wir müssen sie in die Lage versetzen, aus diesem Wissen um die deutsche Vergangenheit die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen sie zu Verfechtern unserer Demokratie erziehen. Erst gestern haben Abgeordnete mehrerer Fraktionen im Rahmen einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe unter anderem die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg besucht. Die Schrecken und die grauenhaften Untaten, die sich dort manifestieren, sind unvorstellbar. Doch diese Feststellung allein reicht nicht. Wir müssen nicht nur erinnern, sondern auch die richtigen Schlüsse für die Gegenwart und die Zukunft ziehen.

So ist die Gedenkstätte nicht nur ein zentraler Mahn- und Erinnerungsort, sondern auch ein Ort, der immer wieder eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und ihren Nachwirkungen anregen muss, der es insbesondere Kindern und Jugendlichen ermöglicht, Fragen an die Geschichte und den Ort zu formulieren, Geschichtsbilder zu reflektieren und eigene Haltungen zu entwickeln, die von demokratischem Verantwortungsbewusstsein, politischer Urteilsfähigkeit und Zivilcourage geprägt sind.

Umso wichtiger ist es, die Demokratie- und Werteerziehung an unseren Schulen, aber auch an den außerschulischen Einrichtungen zu stärken. Es geht darum, Kindern von Anfang an die Möglichkeit zu geben, demokratisches Verständnis und Toleranz nicht nur zu lernen, sondern auch zu leben. Es geht daher auch um aktiv gelebte Demokratie als zentrales Bild politischer Bildung. Hierzu zählt für mich insbesondere die Öffnung der Schule für Angebote der Museen und Gedenkstätten. Gerade diese Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen politischen Bildung und damit letztlich zur Abwehr radikaler Strömungen.

Nur wenn es uns gelingt, durch unmittelbare und konkrete Anschauung vor Ort abstrakte Inhalte nachvollziehbar zu machen, können wir die Motivation zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Themen fördern. Das habe ich zum Beispiel gestern wieder gesehen, als ich in den Gesichtern der Schülerinnen und Schüler nach der Besichtigung der Gedenkstätte in Flossenbürg Ergriffenheit und Betroffenheit lesen konnte. Solche bleibenden Eindrücke, solche prägenden Erfahrungen sind für mich Teil nachhaltiger politischer Bildung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Denn die unmittelbare Erlebbarkeit, welche die Aktualität und Relevanz unserer Geschichte für die moderne demokratische Gesellschaft und damit letztlich für jeden einzelnen Bürger hervorhebt, ist aus meiner Sicht das beste Präventionsmittel gegen die aktuellen extremistischen, terroristischen und antisemitischen Störungen unserer Gesellschaft. Die jungen Menschen sind unsere Zukunft. Sie stehen für eine demokrati-

sche Gesellschaft, die es zu bewahren gilt. Deshalb müssen wir es schaffen, bereits unter den jüngsten Mitgliedern unserer Gesellschaft die Akzeptanz gegenüber dem eigenen pluralistischen Wertesystem sowie dem Institutionsgefüge einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nachhaltig zu stärken. Nur auf diese Weise können aus den nachkommenden Generationen demokratische und mündige Staatsbürger werden.

Letztlich sind es aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger, die die demokratische Gesellschaft verteidigen und für diese eintreten, gerade weil sie sich mit ihr als Lebensform identifizieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Attentat von Halle ist das jüngste Ereignis einer Spirale von Gewalt, einer Spirale des rechtsextremistischen Terrorismus. Wir hatten die Mordserie des NSU. Zuletzt hatten wir den Anschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten. Ich möchte zu Beginn betonen, dass dieser Anschlag, der der jüdischen Gemeinde in Halle galt, kein Anschlag auf eine einzelne Religionsgemeinschaft war. Das war kein Anschlag auf einzelne Personen unserer Gemeinschaft. Das war ein Anschlag auf alle Religionsgemeinschaften. Das war ein Anschlag auf alle Demokratinnen und Demokraten. Das war ein Anschlag auf alle in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hat das Thema für die heutige Aktuelle Stunde gewählt. Manche mag der Titel befremden, aber wir haben diesen Titel gewählt, weil es Zeit ist, an einigen Stellen im parlamentarischen Betrieb innezuhalten, zu reflektieren und ein Bündnis all jener zu schmieden, die sich einer antisemitischen Entwicklung entgegenstellen. Aus diesem Grund haben wir dieses Thema für die Ak-

tuelle Stunde gewählt. Herr Kollege Graupner, das haben Sie offensichtlich überhaupt nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht darum, Verantwortung in vielen Feldern, auch in unseren Denkstrukturen wahrzunehmen. Das ist auch heute wieder deutlich geworden bei folgenden Aussagen: der Irre von Halle, Eigenbrötler. Es wurde so dargestellt, als hätte dort wirklich nur eine einzelne Person gehandelt. – Ja, an der Tatausführung war offensichtlich nur eine einzelne Person beteiligt, aber diesen Täter dürfen wir nicht isoliert sehen. Täter sind vor ihrer Tat vernetzt. Sie wollten ihre Tat live im Internet streamen für diejenigen, mit denen sie vernetzt waren. So zu tun, als sei dort nur eine einzelne Person verantwortlich gewesen, ist ein falscher Ansatzpunkt. Das ist eine falsche Denkstruktur, die uns schon beim NSU in die Sackgasse geführt hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben auch Verantwortung für unsere Sprache. In der heutigen Debatte ist das wieder zum Ausdruck gekommen. Wir leben in einer Demokratie. In einer Demokratie kann man nahezu jeden Standpunkt – außer er erfüllt Straftatbestände – darstellen und diskutieren. Man wird dann Widerspruch bekommen. Wenn man mit einer verrohnten Sprache die Grundlagen dafür legt, dass Täter wie in Halle zur Tat schreiten, dann wird man nicht nur Widerspruch ernten, man wird, wenn man die Demokratie in unserem Staat aushöhlen möchte, auch Widerstand ernten. Das sieht nämlich unsere Verfassung vor. Wir haben eine wehrhafte Demokratie. Meine Damen und Herren, wir haben eine Demokratie, die aus der Geschichte eine ganz entscheidende Lehre gezogen hat: Sie will nie wieder zulassen, dass sie von ihren Feinden ausgehöhlt wird.

Wenn wir hierüber reden, werden wir mit Sicherheit auch über die Verantwortung, die wir für den Sprachgebrauch innerhalb dieses Hohen Hause wie auch außerhalb im politischen Diskurs des Landes haben, reden müssen. Das ist auch ein Anlass für diese Aktuelle Stunde.

Ich möchte deutlich sagen: Ja, wir reden über Strafverfolgung. Das bayerische Kabinett hat heute getagt und sich der Thematik angenommen. Wir werden dabei sein, wenn es darum geht, Strafrechtslücken zu schließen. Wir werden dabei sein, wenn es darum geht, Volksverhetzung in Deutschland, die gezielt über das Internet aus dem Ausland eingespielt wird, zu bekämpfen. Wir werden dabei sein, wenn es darum geht, Beleidigungstatbestände im Internet schärfer zu bestrafen. Fälle wie zuletzt sehr prominent der Fall Renate Künast dürfen wir nicht zulassen. Hier hat ein Berliner Gericht ein Urteil gesprochen, das ich nicht nachvollziehen kann. So sei der Kommentar von der allgemeinen Meinungsfreiheit gedeckt. Das dürfen wir als Gesetzgeber nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden aber auch aufpassen müssen, dass wir an einigen Stellen nicht weiße Salbe verschreiben. Ich spreche § 46 des Strafgesetzbuches an. Antisemitismus dort ausdrücklich zu benennen, ist der falsche Weg. Wir haben die Thematik schon öfter diskutiert. Dadurch wird es nicht ein Urteil oder eine Verfolgung mehr geben. Bisher haben wir diese Fälle mindestens unter dem Tatbestandsmerkmal der menschenverachtenden Beweggründe subsumiert. Wir müssen aufpassen, keine Anlassgesetzgebung zu machen.

Schlussendlich: Wir haben Verantwortung für die Prävention. Das haben heute viele Rednerinnen und Redner richtig angesprochen. Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selber nicht schaffen kann. Sie braucht Demokratinnen und Demokraten, und die fallen bekanntlich nicht vom blauen Himmel. Es ist eine kulturelle und zivilisatorische Leistung, Mehrheitsentscheidungen gegen die eigenen Interessen zu akzeptieren. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger wieder zu Staatsbürgern ausbilden und in allen Bereichen und in allen Schulen bilden. Wir müssen dort, wo wir besondere Defizite haben, wie an den Berufsschulen, Mittelschulen und in der Erwachsenenbildung, endlich gegensteuern.

Meine Damen und Herren, wir haben es mit einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu tun, gegen die Verrohung der Sprache einzustehen. Eine verrohte Sprache kann unmittelbar zu Gewalttaten führen. In diesem Sinne war es gut, dass wir heute in diesem Hohen Hause – es werden noch Redner in dieser Aktuellen Stunde folgen – über dieses Thema sprechen konnten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Otto Lederer.

Otto Lederer (CSU): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat völlig zu Recht aufgrund der Ereignisse in Halle das Thema "Entschlossen handeln gegen Antisemitismus – Strafverfolgung, Prävention und politische Bildung stärken!" für die Aktuelle Stunde gewählt. Leider musste das heute so sein.

Herr Flisek, Sie sagen, es muss endlich etwas dagegen gemacht und endlich gegen-gesteuert werden. Ich kann Ihnen als Bildungspolitiker sagen, dass Prävention und politische Bildung schon seit vielen Jahren in Bayern gegensteuern. Das bayerische Schul- und Bildungssystem nimmt die Bewältigung der Aufgabe sehr ernst und ist fast ein Vorreiter innerhalb Deutschlands in puncto "Antisemitismus und Judenhass systematisch und nachhaltig bekämpfen". Bayernweit wird im schulischen Bereich ein breites Spektrum an Präventions- und Bildungsmaßnahmen gegen Antisemitismus durchgeführt. Das Ganze beruht auf drei Säulen:

Säule Nummer eins: umfassende Bildung zur Geschichte des Antisemitismus, zum tradierten Judenhass, zum genozidalen Massenverbrechen der Schoah.

Säule Nummer zwei: offensive Aufklärung über Antisemitismus in der Gegenwart, über Bekämpfung des Antisemitismus, insbesondere im Bereich des Rechtsextremismus.

Säule Nummer drei: Vermittlung der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion gestern und heute, Thematisierung des Staates Israel.

Diese drei Säulen sind grundlegende schulart- und fächerübergreifende, übergeordnete Bildungsziele an allen Schularten. Ich möchte die Zeit nutzen, um zu den einzelnen Säulen ein Stück weit tiefer einzusteigen.

Bei der Prävention ist es unabdingbar, die historische Komponente herauszuheben, weil sie bei der Aufklärung eine wichtige Rolle spielt. Deswegen spielt der Geschichtsunterricht eine besondere Rolle, aber auch der Religions- oder Ethikunterricht. Vertieft werden kann das Ganze über den Unterricht hinaus in Projekten und Exkursionen zum Beispiel zu den KZ-Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Es gibt eine eigene Gedenkstättenpädagogik und eine eigene Erinnerungskultur. Dreißig Lehrkräfte sind abgeordnet, beispielsweise für die Gedenkstätten in Dachau und Flossenbürg, um vor allem schulische Gruppen durch die Gedenkstätten zu führen. Alle weiterführenden Schularten sehen im Lehrplan einen Gedenkstättenbesuch vor. Die Fahrt zu den Gedenkstätten wird natürlich finanziell gefördert. Hinzu kommen Vermittlungsangebote an den Erinnerungsorten in Nürnberg, am Obersalzberg und in München, Programme an den ehemaligen Außenlagerorten Hersbruck, Mühldorf und Landsberg. Darüber hinaus wird derzeit ein Quellenband zur Geschichte Israels mit dem Ministerium, dem ISB und dem Zentrum für Israel-Studien der LMU produziert.

Säule zwei: Aufklärung, weil sie so wichtig ist für die Bekämpfung aller Facetten des gegenwärtigen Antisemitismus. Eine meines Erachtens nach deutschland- bzw. europaweit einzigartige Präventionsstruktur bilden die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz. Diese haben wir seit mittlerweile zehn Jahren in Bayern. Sie sind bei den neuen staatlichen Schulberatungsstellen in Tandems angebunden. Sie sind kompetente Ansprechpartner für Prävention, aber auch anlassbezogene Intervention. Das geht von Beratungsgesprächen mit Lehrern, Eltern oder betroffenen Jugendlichen bis hin zu Workshops oder auch zur Vermittlung von geeigneten Experten oder außerschulischen Partnern wie dem Bayerischen Bündnis für Toleranz oder der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus – BIGE –, die anlassbezogen, aber auch anlassunabhängig an unseren Schulen tätig wird.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist, ist die Bayerisch-Israelische Bildungsoperation. Sie ist deutschlandweit einmalig. Unser Minister wird dazu demnächst in München eine Vereinbarung unterzeichnen. Im Doppelhaushalt ist eine halbe Million Euro vorgesehen, um Israelexkursionen zu fördern. Ich komme aus einem Landkreis, in dem es tatsächlich Exkursionen und Austausch zwischen Schülern aus Israel und Schülern aus Bayern gibt. Ich kann Sie nur darin bestärken, diesen Austausch fortzuführen, denn die Jugend ist unsere Zukunft.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Otto Lederer (CSU): Ich habe leider nur einige Punkte vor diesem Hintergrund ansprechen können. Aber ich hoffe, Sie sehen, dass die Bildungspolitik in Bayern sehr gut aufgestellt ist, was Prävention gegen Antisemitismus betrifft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Abgeordneten, verehrte Gäste! Ja, der Schutz der Juden in Deutschland ist Staatsräson. Ich hoffe, niemand hier oder draußen in der Gesellschaft bezweifelt das. Die bayerische Sicherheitsarchitektur muss Schutz und Sicherheit für Juden gerade dort und allgegenwärtig gewährleisten, wo das dringend erforderlich ist. Das ist immer dort der Fall, wo Juden im öffentlichen oder im privaten Bereich als solche erkennbar sind und zum Ziel werden können, beispielsweise jüdische Repräsentanten in jüdischen Einrichtungen. Unsere jüdischen Mitbürger brauchen ständigen Polizeischutz, nicht in einem Auf und Ab der Lagebeurteilung. Nein, Halle hat gezeigt: Die Gefahr ist allgegenwärtig und überall. Deshalb darf dieser Schutz nicht nur stellenweise oder fragmentarisch gegeben sein, sondern es muss ihn ständig geben. Dafür braucht es geschultes Personal. Motiviert und fit müssen die Kollegen der Polizei dafür sein,

technisch gut ausgerüstet und taktisch gut vorbereitet. Sehr verehrte Abgeordnete, so etwas kostet Geld, viel Geld, und wir alle sind aufgefordert, dieses Geld bereitzustellen.

Besondere Aufgaben verlangen besondere Kräfte bei der Polizei. Ich meine, Bayern hat solche Kräfte, etwa bei den Spezialeinheiten SEK und MEK, aber auch bei den Unterstützungskommandos, bei den Präsidien und der Bereitschaftspolizei. Der Schutz unserer jüdischen Mitbürger sollte für diese Leute, die besonders geschult sind, eine ständige Aufgabe sein; denn dieser Schutz ist risikoreich. Ich sage das, weil ich diesen Schutz in meiner Zeit als Polizeibeamter im mittleren Dienst im Streifen dienst selber gewährt habe, übrigens ohne Schutzweste, aber mit Maschinenpistole, und ich weiß, welche Risiken für alle es dabei gibt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Der sächsisch-anhaltinische Innenminister meint, das Privaten übertragen zu wollen. Das halte ich für falsch. Meine Forderung an den Minister in Bayern ist: Etatisieren Sie Polizeikräfte für diesen Schutz, für etwa zwei Unterstützungskommandos beim Präsidium in Mittelfranken und für jeweils eines in Oberfranken, Unterfranken und in der Oberpfalz!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Schluss. – Strukturieren Sie den Objektschutz bei einer Zentralstelle des Präsidiums! Bestürzung und Anteilnahme sind natürlich richtig und wichtig; sie sind angebracht und zeigen mitfühlendes Empfinden. Aber den Worten müssen Taten folgen! Handeln Sie entschlossen!

Präsidentin Ilse Aigner: Ihnen müssen Taten folgen, ist gut. Schluss der Rede. Danke. – Als Nächstem erteile ich dem Staatsminister des Innern, Herrn Kollegen Herrmann, das Wort. Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der schreckliche rechtsextremistische Anschlag am 9. Oktober hat uns alle sehr erschüttert. Dass dieser Anschlag gerade am höchsten jüdischen Feiertag, dem Versöhnungsfest Jom Kippur, verübt wurde, trifft unsere Gesellschaft noch härter. Der 27-jährige Deutsche Stephan B. griff die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Halle an der Saale an und versuchte, sich mit Waffengewalt Zutritt zum Gebäude zu verschaffen. Er hat sich ganz offensichtlich gegenüber dem Generalbundesanwalt ausdrücklich dazu bekannt, dass er die Absicht hatte, hier ein Massaker anzurichten. Nachdem ihm dies nicht gelungen war, erschoss er eine Passantin und im weiteren Verlauf eine männliche Person in einem nahe gelegenen Dönerimbiss. Zudem hat er zwei weitere Personen angeschossen und schwer verletzt.

Nach der schrecklichen Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten durch einen Rechtsextremisten ist dies innerhalb kurzer Zeit eine weitere Eskalation brutaler rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt leider, in Deutschland und auch in Bayern. Wir hatten im Jahr 2018 in Bayern 219 antisemitische Delikte. Angesichts dieser empörenden Entwicklung will ich ausdrücklich feststellen: Jüdisches Leben gehört untrennbar zur deutschen Geschichte, jüdisches Leben ist ein Teil Deutschlands, und jüdisches Leben soll auch zur Zukunft Deutschlands gehören! Deshalb wollen wir alles dafür tun, dass sich jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land sicher fühlen können. Wir wollen für ihre Sicherheit in unserem Land gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Ja, unsere Sicherheitsbehörden überwachen die Einhaltung aller rechtlich und tatsächlich möglichen Gebote mit repressiven und präventiven Maßnahmen, um Antisemitismus entschieden zu bekämpfen und derartige Straftaten zu verhindern. Wir müssen ständig daran arbeiten, wie wir das noch besser machen können und wo wir noch stärker, noch konsequenter auftreten müssen. Mit Blick auf den Anschlag von Halle

wurden die Schutzmaßnahmen der bayerischen Polizei lageangepasst weiter erhöht. Die Polizei wird in den nächsten Wochen noch einmal auf jede jüdische Gemeinde in Bayern zugehen und die Sicherheitslage und gegebenenfalls weitere erforderliche Maßnahmen erörtern. Wir haben in den letzten Jahren insgesamt schon Zuschüsse in Höhe von rund 13 Millionen Euro für bauliche und technische Sicherungen jüdischer Einrichtungen in Bayern bereitgestellt. Wir haben heute im Ministerrat beschlossen, weitere 3 Millionen Euro bereitzustellen, um technische Sicherungen und Baumaßnahmen mitzufinanzieren.

Ich sage hier aber auch klar: Es geht nicht allein um die Tätigkeit unserer Sicherheitsbehörden, sondern es geht auch darum, dass wir insgesamt in unserer Zivilgesellschaft die Prävention gegen Antisemitismus weiter voranbringen. Wir haben dafür gute und erfolgreiche Einrichtungen. Ich denke an die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, die sehr viel an Informationen, an Aufklärung und Hilfestellungen anbietet. Ich denke an die Maßnahmen in unseren Schulen, in unseren Bildungseinrichtungen, wo Kontakte zu Fachleuten aus der Polizei, der Justiz und den Kommunen hergestellt werden. Es ist wichtig, dass wir überall in unseren Bildungseinrichtungen auch über dieses Thema sprechen.

Wir werden die finanzielle Förderung für das Bündnis für Toleranz weiter erhöhen. Es ist in der Tat gut, wenn auch der Bund seine Mittel in diesem Bereich nicht kürzt. Es ist wichtig, dass es in den letzten Jahren ein Programm wie EXIT gegeben hat, um Menschen den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus zu erleichtern. Es war in der Tat in den letzten Monaten nicht ganz verständlich, wieso die Bundesfamilienministerin und der Bundesfinanzminister sich auf eine massive Kürzung in diesem Bereich geeinigt haben. Ich freue mich, dass jetzt andere Botschaften kommen. Wir brauchen diese Programme. Wir haben in Bayern Programme dafür; aber es ist wichtig, dass sich auch der Bund in diesem Bereich engagiert. Wir brauchen auch in diesem Bereich Präventionsprogramme.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der SPD und FDP)

Ich möchte mich an dieser Stelle auch beim Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle bedanken. Ludwig Spaenle ist anwesend und verfolgt diese Debatte. Dass die Staatsregierung einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt hat, ist ein wichtiges Zeichen. Der Antisemitismusbeauftragte leistet sehr gute Arbeit und hält intensiven Kontakt zu allen jüdischen Einrichtungen in unserem Land. Dass wir einen Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung haben, ist ein wichtiges Signal. Lieber Ludwig Spaenle, vielen Dank für dein Engagement.

(Allgemeiner Beifall)

Ja, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich gegen jede Art von Extremismus und somit selbstverständlich auch gegen Antisemitismus zu positionieren. Das fängt im Alltag bei der Wortwahl am Stammtisch und insbesondere im Internet und in den Social Media an und reicht bis zur konsequenten Ausnutzung des strafrechtlich möglichen Rahmens im Zusammenhang mit der Verurteilung extremistischer Straftäter.

Lieber Kollege Eisenreich, die Staatsregierung hat auf deinen Vorschlag hin heute beschlossen, weitere Initiativen zu ergreifen und im Bundesrat einzubringen, damit der antisemitische Charakter von Straftaten besonders gewürdigt wird. Dieser antisemitische Charakter soll auch in der Strafverfolgung und in der Strafzumessung von Gerichten in unserem Land entsprechend gewürdigt werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss aber aufgrund der aus meiner Sicht unsäglichen Einwürfe vonseiten der AfD-Fraktion

(Beifall bei der SPD)

noch ein Wort zum Thema geistige Brandstiftung. Ich sage zunächst einmal, dass allein die Unverschämtheit, die Katastrophe des schrecklichen Terroranschlags am Breitscheidplatz in irgendeinen Zusammenhang mit Mitgliedern der Bundesregierung

zu bringen, schon wieder ein Beispiel für die unsägliche Brandstiftung ist, die diese Partei in unserem Land betreibt.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Lachen bei der AfD)

Es ist wirklich unglaublich. Ich sage aber noch einmal ganz ausdrücklich, weil Björn Höcke dafür wie kaum ein anderer in der AfD persönlich steht:

Wer unsere Erinnerungskultur – –

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

– Es geht um die deutschlandweite Debatte zu diesem Thema. Hier muss man einmal klar Position beziehen und deutlich machen, dass es ein breites demokratisches Spektrum in unserem Land gibt. Wir müssen aber auch in alle Richtungen deutlich machen – nach links, aber eben auch nach rechts –, wo die Grenzen dieses demokratischen Spektrums sind und wo sich jemand ganz offen und bewusst so positioniert, dass er ständig einen Schritt außerhalb dieses demokratischen Spektrums steht.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Meine Damen und Herren, auch das muss man beim Namen nennen. Das ist von uns keine politische Propaganda,

(Lachen der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

sondern das sind belegte Zitate.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Unglaublich! – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wenn Björn Höcke die Erinnerungskultur im Hinblick auf die schreckliche Judenverfolgung in unserem Land als dämliche Bewältigungspolitik bezeichnet,

(Christoph Maier (AfD): Sie haben die Dresdner Rede nicht gelesen!)

was steht da eigentlich geistig dahinter,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Nichts!)

und wenn jemand den Sinn des Holocaust-Mahnmals vom Grundsatz her infrage stellt? – Höcke diskutiert nicht über die architektonische Schönheit oder sonst etwas, sondern er bestreitet überhaupt den Sinn eines solchen Mahnmals in unserem Land.

(Christoph Maier (AfD): Das hat er nicht getan! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, genau das hat er getan.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Da sieht man Ihre Haltung dazu!)

Man muss zum Thema Antisemitismus begreifen, dass Björn Höcke erklärt, Judentum und Christentum seien ein Antagonismus. Das heißt, Höcke verbreitet die Botschaft, Judentum und Christentum seien unvereinbar. Auch damit wird wieder religiöse Toleranz infrage gestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das Ganze gipfelt in wörtlichen Aussagen von Björn Höcke wie: Ja, ich will ein anderes Deutschland! – Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, dass dieses Deutschland 2019, das die Demokraten verbindet, in der Tat das freiheitlichste, rechtsstaatlichste und demokratischste Deutschland ist, das es jemals auf deutschem Boden gegeben hat. Wir brauchen weiterhin die Bemühungen, dieses Land noch besser zu machen, um dieses Deutschland noch weiter nach vorne zu bringen. Darum dürfen Demokraten in unserem Land ringen. Meine Damen und Herren, wir wollen aber kein anderes Deutschland, sondern wir sind stolz auf diese Demokratie.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Christoph Maier (AfD): Sie wollen ein Deutschland mit anderen Deutschen!)

Ich sage Ihnen siebzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Schaffung unseres Grundgesetzes deshalb noch einmal: Siebzig Jahre lang hat es selbstverständlich zum Grundkonsens dieses Staates gehört, für das Existenzrecht Israels und für die Glaubensfreiheit der Juden und natürlich aller anderen Religionen in unserem Land einzutreten. Dieses ernsthaft infrage zu stellen, ist eine neue Entwicklung.

Ich sage Ihnen dazu, dass die ganz große Mehrheit der Demokraten dem nicht tatenlos zuschauen wird. Deshalb bekämpfen wir Antisemitismus und stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, jetzt und auch in Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.